



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 25. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften (FL/025/2010)

am Montag, 23.08.2010,

16:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 2, 2. Etage, Raum 13,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung:

16:00 Uhr

Ende der Sitzung:

20:15 Uhr

Anwesend:

Stellvertretender Vorsitzender

Hartmut Vorjohann

Vertretung für Frau Helma Orosz

CDU-Fraktion

Dr. Georg Böhme-Korn

Peter Krüger

Lars Röher

Silke Schöps

Fraktion DIE LINKE.

Tilo Kießling

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Eva Jähnigen

SPD-Fraktion

Thomas Blümel

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Christoph Hille

Stellvertretende Mitglieder

Jens Genschmar

Jens Matthis

Thomas Trepte

Vertretung für Herrn Holger Zastrow

Vertretung für Herrn Dr. Klaus Sühl

Vertretung für Frau Andrea Schubert

Abwesend:

Vorsitzende

Helma Orosz

Fraktion DIE LINKE.

Dr. Klaus Sühl

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Andrea Schubert

FDP-Fraktion

Holger Zastrow

Verwaltung:

Frau Möckel

Frau Dr. Schausberger

Frau Heinrich

Herr Schreiter

Herr Wolff

Herr Dr. Blocher

Frau Röder

Herr Friedrich

Herr Balko

Frau Prax

Herr Hoffmann

Frau Heinze

AL Stadtkämmerei

Stadtkämmerei

Stadtkämmerei

Liegenschaftsamt

GB Finanzen und Liegenschaften

Leiter RB Zentrale Technische Dienstleistungen

RB Zentrale Technische Dienstleistungen

Brand- und Katastrophenschutzamt

Brand- und Katastrophenschutzamt

Brand- und Katastrophenschutzamt

Amt für Kultur und Denkmalschutz

Leiterin Jugend&KunstSchule Dresden

Gäste:

Herr Redemund
Herr Vester
Herr Jäckel
Herr Bohn
Herr Henke

DNN
Stadtrat
STESAD GmbH
SG Dynamo Dresden e. V.
SG Dynamo Dresden e. V.

Schriftführerin:

Frau Rülke

Büro der Oberbürgermeisterin

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- | | | |
|----------|---|----------------------------------|
| 1 | Verkauf des Flurstückes 85/19 und jeweils Teilflächen der Flurstücke 85/33, 295/2 und 297/3 der Gemarkung Nickern an die Cosmos Grundstücks- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH | V0520/10
beschließend |
| 2 | Verkauf des Grundstückes Loschwitzer Straße 50 | V0619/10
beschließend |
| 3 | Entnahme aus Rücklage | V0625/10
beschließend |
| 4 | Änderung des Vermögenshaushaltes des Brand- und Katastrophenschutzamtes | V0653/10
beschließend |
| 5 | Änderung des Vermögenshaushaltes 2010 des Brand- und Katastrophenschutzamtes | V0654/10
beschließend |
| 6 | Für eine bessere Finanzpolitik der Stadt Dresden | A0166/10
beschließend |
| 7 | Sicherung der Spielfähigkeit des Theater Junge Generation | A0179/10
beschließend |
| 8 | Touristische Beschilderung an Bundesautobahnen | A0196/10
beschließend |

Nicht öffentlich

- | | | |
|-----------|--|---|
| 9 | Fahrradfreundliche Innenstadt Dresden - Radverkehrskonzept 26er Ring | V0277/09
beratend |
| 10 | Eintrittspreise Dresdner Philharmonie ab der Spielzeit 2010/11 | V0567/10
beratend
(federführend) |
| 11 | Eintrittspreise und Entgelte für Kurse in der JugendKunstSchule | V0599/10
beratend
(federführend) |
| 12 | Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft für die STESAD GmbH | V0603/10
beratend |
| 13 | Modellprojekt "Kostenfreier Eintritt für Kinder und Jugendliche in die Museen der Stadt Dresden" | A0085/09
beratend
(federführend) |
| 14 | "Dresdner Kulturtaxe" - Einführung einer Übernachtungsabgabe in Dresden | A0161/10
beratend
(federführend) |

- | | | |
|-----------|--|---|
| 15 | Einführung einer Gruppenkarte für Schulen und Kindergärten zur kostenlosen Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs im Rahmen des Unterrichts (Unterrichtsfahrkarte) | A0167/10
beratend |
| 16 | Änderung der Hauptsatzung - Hier: Vorfinanzierung nachgewiesener Einsparungen (Intracting) | A0187/10
beratend |
| 17 | Schulen sanieren - in Bildung investieren! | A0203/10
beratend
(federführend) |
| 18 | Mehrjahresförderung des Heinrich-Schütz-Konservatoriums Dresden e.V. | A0213/10
beratend |
| 19 | Finanzielle Situation der SG Dynamo Dresden | |
| 20 | Informationen/Sonstiges | |

Öffentlich

- | | | |
|-----------|---|----------------------------------|
| 21 | Kriterien für die Projekte des Haushaltes 2011/2012 sowie der mittelfristigen Finanzplanung | A0209/10
beschließend |
|-----------|---|----------------------------------|

Herr Bürgermeister Vorjohann eröffnet und leitet die 25. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften. Zur Sitzung wurde form- und fristgerecht geladen. Der Ausschuss ist beschlussfähig.

Zur Tagesordnung:

Der Vorsitzende verweist auf den Nachtrag zur Einladung. Er nimmt Bezug auf TOP 19 der Einladung (Finanzielle Situation der SG Dynamo Dresden) und informiert, dass die Vertreter des Vereins für 18:00 Uhr eingeladen sind. Der nachgeladene öffentliche TOP 21 wird als letzter Punkt im öffentlichen Teil der Sitzung behandelt.

Seitens der Verwaltung wird **TOP 9 (Vorlage Nr. V0277/09) vertagt**.

Herr Stadtrat Genschmar bittet, folgende Tagesordnungspunkte zu **vertagen**:

- **TOP 8 – Antrag Nr. A0196/10**
- **TOP 15 – Antrag Nr. A0167/10**

Herr Stadtrat Kießling möchte wissen, wie sich die Vertagung von TOP 9 auf die Realisierung der Maßnahmen auswirke. Der Vorlage sei zu entnehmen, dass einige Maßnahmen sofort zu realisieren sind.

Herr Bürgermeister Vorjohann bemerkt, dass er seitens des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung informiert worden sei, dass die Vorlage ohnehin im Ausschuss Umwelt und Kommunalwirtschaft vertagt wurde. Insofern sei die ursprünglich vorgesehene Terminkette nicht mehr einzuhalten. Er könne nicht die Frage beantworten, was die Vertagung für Konsequenzen auf die Realisierung der Maßnahmen habe.

Es gibt Einvernehmen zur geänderten Tagesordnung.

- | | | |
|----------|--|----------------------------------|
| 1 | Verkauf des Flurstückes 85/19 und jeweils Teilflächen der Flurstücke 85/33, 295/2 und 297/3 der Gemarkung Nickern an die Cosmos Grundstücks- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH | V0520/10
beschließend |
|----------|--|----------------------------------|

Herr Schreiter, Liegenschaftsamt, begründet und erläutert die Vorlage. Die Verkaufsgrundstücke seien Bestandteil des vorhabenbezogenen B-Planes Nr. 690 Dresden-Nickern. Insgesamt umfasse der B-Plan eine Fläche von ca. 50.000 m². Die städtischen Flächen würden der Arrondierung dienen. Herr Schreiter informiert über die geplanten Investitionen. Die Grundstücke würden für die Bauhaus AG erworben. In Deutschland gäbe es bisher 125 Bauhaus-Baumärkte.

Frau Stadträtin Jähnigen weist darauf hin, dass man die Vorlage damals vertagt hatte, weil es noch Klärungsbedarf gab (Umweltproblematik). Könne man die damals aufgetauchten Fragen beantworten?

Herr Schreiter merkt an, dass ihm diese Probleme nicht bekannt seien. Er verweist auf die Aussagen des Stadtplanungsamtes und des Umweltamtes, dass man jetzt in eine Phase ein-trete, wo die Verfügbarkeit der Flächen gegeben sein müsse. Alles Andere werde im Verlauf des B-Planverfahrens geklärt.

Herr Bürgermeister Vorjohann stellt die Vorlage zur Abstimmung. Der Ausschuss ist beschließend tätig.

Beschluss V0520/10:

Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, das Flurstück 85/19 und jeweils Teilflächen der Flurstücke 85/33, 295/2 und 297/3 der Gemarkung Nickern mit einer Gesamtfläche von ca. 6.881 m² an die Cosmos Grundstücks- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH mit Sitz in 68167 Mannheim, Gutenbergstraße 21 zu verkaufen.

Der Kaufpreis beträgt 412.860 EUR.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung
Ja 8
Nein 0
Enthaltung 2

2 Verkauf des Grundstückes Loschwitzer Straße 50

**V0619/10
beschließend**

Herr Schreiter, Liegenschaftsamt, begründet und erläutert die Vorlage. Auf dem Grundstück befinde sich ein denkmalgeschütztes dreigeschossiges Wohn- und Geschäftshaus. Das Objekt wäre zuletzt jedoch ausschließlich zu Gewerbezwecken genutzt worden. Den acht Gewerbeeinheiten sei gekündigt worden. Mit dem Investor habe man bereits den Kaufvertrag abgeschlossen vorbehaltlich der Zustimmung des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften. In seinen weiteren Ausführungen geht er auf den Kaufpreis, die Vermarktung und die geplanten Investitionen ein. Der Verkaufspreis liege über den gutachterlich festgestellten Verkehrswert.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Herr Bürgermeister Vorjohann stellt die Vorlage zur Abstimmung. Der Ausschuss ist beschließend tätig.

Beschluss V0619/10

Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, das Grundstück Loschwitzer Straße 50, Flurstück 149/1 der Gemarkung Blasewitz in 01309 Dresden, mit einer Gesamtfläche von 1.036 m² an Herrn Prof. Dr. Guido Holzhauser, Mendelssohnallee 4, 01309 Dresden zu verkaufen. Der Kaufpreis beträgt 600 TEUR.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung
Ja 10
Nein 0
Enthaltung 0

3 Entnahme aus Rücklage**V0625/10
beschließend**

Frau Dr. Schausberger, Stadtkämmerei, begründet und erläutert die Vorlage. In die laufende Haushaltsplanung seien insgesamt 13,3 Mio. EUR für das Projekt eingeordnet worden. Da man die für die Anfangsphase vorgesehenen Mittel nicht in dem Umfang benötigt habe, seien diese einer Rücklage zugeführt worden. Die Verwaltung bittet, die Rücklage aufzulösen, um den zusätzlichen Bedarf im Jahr 2010 zu decken. Eine Auflösung wäre ohnehin notwendig, weil in einem doppischen Finanzsystem die Rücklage nicht mehr so weitergeführt werden könne. Zur Gesamtsituation des Projektes führt sie aus, dass noch nicht alles mit Verträgen versehen wäre. Es sei aber abzusehen, dass man mit den 13,3 Mio. EUR auskommen werde.

Herr Stadtrat Trepte könne bei der IT-Betreuung nicht erkennen, wie viel Mittel der Eigenbetrieb benötige und welche Mittel für die externe Unterstützung anfallen würden. Was gehöre zur externen Unterstützung?

Frau Dr. Schausberger berichtet, dass man externe Unterstützung bei der IT-Umstellung habe. Diese Mittel würden an die IBM abfließen. Es wären noch externe Mittel vorgesehen z. B. für Lizenzkauf. Sie erläutert den erheblichen externen Beratungsbedarf im Bereich der Vermögenserfassung und Vermögensbewertung. Man nehme jetzt zunehmend externe Leistungen bei der Durchführung von Schulungen in Anspruch. Sie erläutert die Schwerpunkte.

Herr Stadtrat Kießling weist darauf hin, dass es jetzt deutschlandweit Zahlen und Annahmen zu den Kosten der Gesamtumstellung gebe. Er habe von 900 Mio. EUR gehört. Er meint, wenn man das auf Dresden prozentual herunterrechne, habe man ein scheinbar teures Projekt. Gäbe es Informationen, was die Einführung der Doppik in anderen vergleichbaren Städten gekostet habe? Er fragt, ob damit zu rechnen sei, dass man vor dem Haushalt eine Eröffnungsbilanz oder eine Vermögensübersicht der Stadt erhalten werde.

Frau Dr. Schausberger weist darauf hin, dass man die Eröffnungsbilanz erstmalig zum Stichtag 01.01.2011 erstelle. Das bedeute, dass man die Eröffnungsbilanz nicht schon zur Haushaltsplanung erhalten könne. Die Eröffnungsbilanz müsse Mitte des Jahres 2011 vorgelegt werden.

Herr Stadtrat Kießling möchte wissen, ob es bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz politische Spielräume gäbe oder sei die Verwaltung der Meinung, dass die Festlegung eines Wertes pro Anlageobjekt reines Verwaltungshandeln ist.

Frau Dr. Schausberger legt dar, dass es keinen Sinn mache, auf dieser Ebene gestaltend Einfluss zu nehmen. Mit Fachleuten sei intensiv diskutiert worden. Das wäre mit eingeflossen. Es gäbe an einigen Stellen Gestaltungsspielraum, wo man ohnehin nur mit Schätzungen herangehen könne.

Frau Stadträtin Jähnigen weist darauf hin, dass man ein Problem mit dem Vermögen der Stadt habe, das größtenteils längst abgeschrieben und nur noch eingeschränkt nutzbar sei. Sie sei davon ausgegangen, dass man die Eröffnungsbilanz erhalte, wenn die Jahresrechnung 2009 vorliege.

Herr Bürgermeister Vorjohann merkt an, dass der Stichtag vom Gesetzgeber festgelegt worden ist.

Frau Dr. Schausberger ergänzt, dass auch die Frage, ob ein Vermögensgegenstand abgeschrieben sei oder nicht, den Fachleuten überlassen werden sollte. Man habe Bewertungskonzepte erstellt und damit schriftlich dokumentiert, nach welchen Maßgaben man vorgegangen ist.

Herr Bürgermeister Vorjohann bittet, sich auf den Kern der heutigen Debatte zu konzentrieren. Es gehe um die Frage, dass das Projekt entsprechend des Projektfortschrittes finanziert sei. Es gäbe keine Gesamtüberschreitung, sondern man ändere etwas an den Jahresscheiben.

Frau Stadträtin Jähnigen fragt, wo es stehe, dass der Gesetzgeber den Stichtag für die Eröffnungsbilanz so geregelt habe, wie es heute vorgestellt wurde. Sie bezieht sich auf die SächsGemO, wo formuliert sei, dass die Gemeinde spätestens zu Beginn des Haushaltsjahres eine Eröffnungsbilanz aufzustellen habe.

Herr Bürgermeister Vorjohann bestätigt, dass das so erfolge. Man sei jetzt im Planungsprozess. Der Stichtag, an dem Doppik gelte, sei der 01.01.2011. Zu diesem Stichtag müsse man die Eröffnungsbilanz machen.

Frau Dr. Schausberger erläutert, dass das alte Jahr abgeschlossen und das Ist zum 01.01.2011 festgestellt werde. Es werde keine Planbilanz erstellt.

Herr Stadtrat Dr. Böhme-Korn beantragt Schluss der Aussprache.

Herr Stadtrat Kießling ist formal gegen den Antrag.

Der Geschäftsordnungsantrag wird mit 6 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung angenommen.

Herr Stadtrat Kießling verweist auf seine noch nicht beantwortete Frage nach den Kosten in vergleichbaren Städten.

Frau Dr. Schausberger bemerkt, dass es sehr schwer wäre, aus anderen Städten Kosteninformationen zu erhalten. Sie schätzt ein, dass das Projekt in Dresden im Vergleich zu anderen Städten nicht übermäßig teuer sei.

Herr Bürgermeister Vorjohann stellt die Vorlage zur Abstimmung. Der Ausschuss ist beschließend tätig.

Beschluss V0625/10

Aus der Rücklage (Finanzposition 9100.310.9071 – Einführung Doppik) wird die Gesamtsumme in Höhe von 2.236.456,04 EUR entnommen, davon werden 1.711.456,04 EUR dem Verwaltungshaushalt des Jahres 2010 und 525.000,00 EUR dem Vermögenshaushalt des Jahres 2010 zugeführt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung
Ja 11
Nein 0
Enthaltung 0

4 Änderung des Vermögenshaushaltes des Brand- und Katastrophenschutzamtes

**V0653/10
beschließend**

Herr Friedrich, Brand- und Katastrophenschutzamt, begründet und erläutert die Vorlage. Es gehe um die Finanzierung der Regionalleitstelle Dresden.

Herr Stadtrat Dr. Böhme-Korn führt aus, dass nur die Ausgaben mit HH-Position angegeben seien. Die Einnahmen wären ohne HH-Positionen benannt. Er bittet um Erläuterung.

Frau Prax, Brand- und Katastrophenschutzamt, antwortet, dass die Einnahmen nicht direkt in den Vermögenshaushalt fließen, sondern im Verwaltungshaushalt über die Entgelte im Rettungsdienst eingenommen würden. Danach erfolge die Zuführung in den Vermögenshaushalt.

Herr Bürgermeister Vorjohann stellt die Vorlage zur Abstimmung. Der Ausschuss ist beschließend tätig.

Beschluss V0653/10

Die Finanzposition 5410.940.1005 Neubau Einsatzleitzentrale, Anteil Rettungsdienst wird von 2.276.650 EUR um 467.600 EUR auf 2.744.250 EUR erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung
Ja 11
Nein 0
Enthaltung 0

5 Änderung des Vermögenshaushaltes 2010 des Brand- und Katastrophenschutzamtes

**V0654/10
beschließend**

Herr Friedrich, Brand- und Katastrophenschutzamt, begründet und erläutert die Vorlage, in der es um die Beschaffung einer Drehleiter und eines Löschfahrzeuges gehe. In der Planung habe man sich auf Baumaßnahmen konzentriert und hätte jetzt die Möglichkeit, beide Fahrzeuge zu kaufen. Fördermittel stünden zur Verfügung. Es werde noch der Eigenanteil benötigt.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Herr Bürgermeister Vorjohann stellt die Vorlage zur Abstimmung. Der Ausschuss ist beschließend tätig.

Beschluss V0654/10

1. Die Mittel aus der Finanzposition 1400.935.1000 Fahrzeuge Katastrophenschutz werden in Höhe von 930.000 EUR zur Finanzposition 1310.935.1000 Fahrzeuge Feuerwehr umverteilt.
2. Die Finanzposition 1310.361.3000 Zuschüsse für Investitionen wird entsprechend den zusätzlich bewilligten Fördermitteln für Feuerwehrfahrzeuge von 750.000 EUR auf 1.239.729,12 EUR erhöht.

3. Durch die zusätzlichen Fördermittel in Höhe von 489.729 EUR und die Umverteilung von 930.000 EUR aus der Finanzposition 1400.935.1000 werden die Mittel in der Finanzposition 1310.935.1000 Neuanschaffung Fahrzeuge Feuerwehr von 640.000 EUR auf 2.059.729,12 EUR erhöht.
4. Die mit dem Beschluss V3256-FL95-09 gestrichene Verpflichtungsermächtigung 2010 für 2011 der Finanzposition 1310.935.1006 Citywache, Neuanschaffung Fahrzeuge wird in Höhe von 84.000 EUR wieder freigegeben. Darüber hinaus wird dieser Finanzposition eine Verpflichtungsermächtigung 2010 für 2011 in Höhe von 1.456.000 EUR überplanmäßig zur Verfügung gestellt. Die Deckung erfolgt durch Umschichtung von 900.000 EUR von der Finanzposition 1310.940.1003 Baumaßnahmen Feuerwehr und 556.000 EUR von der Finanzposition 1310.935.6006 Citywache, Ausstattung, Anteil Brandschutz.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 11

Nein 0

Enthaltung 0

6 Für eine bessere Finanzpolitik der Stadt Dresden

**A0166/10
beschließend**

Herr Stadtrat Blümel begründet und erläutert den Antrag, der unmittelbar nach dem Kauf der GESO entstanden sei. Er könne nicht nachvollziehen, warum der Antrag erst heute im Ausschuss ist. Im Beschlusstext ändert er den Termin auf den 30.12.2010. Den Gegenstand ändert er dahingehend, dass vor dem Wort „bessere“ das Wort „noch“ ergänzt wird.

Herr Bürgermeister Vorjohann nimmt inhaltlich zum Antrag Stellung. Er weist darauf hin, dass der Finanzausschuss im Zusammenhang mit der Vorlage über die Haushaltsausgabenreste (HAR) auch die Diskussion hatte, warum es zu diesem ungenügenden Mittelabfluss gekommen ist. Man könne nicht beschließen, dass sich die Mittel in den nächsten drei Jahren halbieren sollen, sondern nur in der täglichen Politik darauf achten, dass das statfinde. Es sei bekannt, dass man in den nächsten Jahren weniger investieren könne. Insofern werde sich dieses Thema auch ein Stück weit durch das automatische Agieren und durch die Rahmenbedingungen nicht mehr stellen. Das Rechnungsprüfungsamt prüfe immer die Rücklagen im Hinblick auf deren Höhe und Notwendigkeit. Insofern sehe er keinen großen Sinn in diesem Antrag.

Herr Stadtrat Blümel bezieht sich auf den Prüfbericht zum Jahresabschluss 2008, wo z. B. angemahnt worden sei, dass zum Hinweis seitens des Rechnungsprüfungsamtes, die Rücklagen um 50 Mio. EUR zu vermindern, die Rücklagen um weitere 70 Mio. EUR aufgestockt worden wären.

Herr Stadtrat Dr. Böhme-Korn meint, dass im Rechenschaftsbericht 2008 detailliert und objekt konkret auf die HAR (ab Seite 239) und die Rücklagen (ab Seite 381) eingegangen worden sei. Rücklagen wären auch Bindungen für mit Sicherheit noch anfallende Ausgaben. Er äußert Bedenken, Anlageentscheidungen ab 250.000 EUR auf den Tisch des Stadtrates ziehen zu wollen. Er regt an, den Antrag zurückzuziehen. Seine Fraktion könne dem Antrag nicht zustimmen.

Frau Stadträtin Jähnigen teilt die Grundintention der antragstellenden Fraktion, etwas mehr Transparenz in die Haushaltspolitik zu bringen. Es werde zwar zu den HAR berichtet, aber es gebe keine Gesamtanalyse, wo es beim Umsetzen der HAR tatsächlich geklemmt habe. Hier sehe sie Handlungsbedarf. Sie fragt, wann der Rücklagenbericht vorgelegt werde, den der Stadtrat vom Rechnungsprüfungsamt bestellt habe. Sie meint, dass Anlageentscheidungen in der Hauptsatzung geregelt werden müssen. Sie finde die Wertgrenze 250.000 EUR zu niedrig und schlägt vor, die Wertgrenze auf 1 Mio. EUR zu ändern.

Herr Bürgermeister Vorjohann könne nicht beantworten, wann der Rücklagenbericht vorgelegt werde. Der Jahresabschluss 2009 sei von der Verwaltung erstellt worden und liege dem Rechnungsprüfungsamt vor. Er meint, dass im Zuge der Haushaltsdiskussion auch die Prüfung der Jahresrechnung und der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes vorliegen sollten.

Herr Stadtrat Kießling merkt an, dass ihm ein Bericht ausreichend wäre, was die Anlage von liquiden Mitteln betreffe. Das Politikum liege nicht darin, dass überhaupt ein HAR gebildet werde, sondern dessen Höhe. Er meint, es wäre vernünftig, wenn z. B. Mittel für ein Projekt, das im laufenden Jahr nicht realisiert werden könne, für eine andere Maßnahme eingesetzt würden und das Projekt im nächsten Jahr wieder aufgenommen werde. Es sei ein Weg, auf politischem Weg Einfluss zu nehmen. In diesem Sinne könne man dem Antrag zustimmen.

Herr Bürgermeister Vorjohann meint, dass dieser Antrag und die Ausführungen suggerieren würden, dass es keine vorliegende Analyse gebe, was nicht richtig sei. Auch für das abgelaufene Haushaltsjahr 2009 habe man im Frühjahr ein umfangreiches Material für den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt vorgelegt, wo projektkonkret aufgeführt war, aus welchen Gründen die HAR gebildet werden mussten.

Herr Stadtrat Blümel weist nochmals darauf hin, dass dieser Antrag weit vor der Vorlage der HAR eingebracht worden ist. Er nimmt Bezug auf den Beschlussvorschlag, dass die Verwaltung dem Stadtrat einen Beschlussvorschlag unterbreiten solle, wie die Höhe der liquiden Mittel auf ein wirtschaftlich vernünftiges Maß zu reduzieren sei. Man habe dabei drei Dinge aufgeführt. Es wäre unbenommen, dass es darüber hinaus Weiteres geben könne.

Frau Stadträtin Jähnigen legt dar, dass sie bei der höheren Wertgrenze an Rahmenbestimmungen, Rahmenvorschriften gedacht hatte. Das wäre möglich und könnte man mit einer höheren Wertgrenze verbinden. Sie beantragt, über die Buchstaben einzeln abzustimmen.

Der Vorsitzende schlägt in Rücksprache mit dem Einreicher vor, den Text bis nach dem Buchstaben c als ersten Beschlusspunkt zu kennzeichnen und den Rest des Textes als Beschlusspunkt 2.

Herr Stadtrat Kießling schlägt vor, zuerst über den ersten Satz abzustimmen.

Herr Bürgermeister Vorjohann stellt den ersten Satz zur Abstimmung. Er wird mit 5 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen **abgelehnt**. Damit haben sich die Punkte a bis c erledigt.

Abstimmung zu Beschlusspunkt 2a:

5 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen (Ablehnung)

Abstimmung zu Beschlusspunkt 2b:

1 Ja-Stimme, 6 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen (Ablehnung)

7 Sicherung der Spielfähigkeit des Theater Junge Generation**A0179/10
beschließend**

Frau Stadträtin Jähnigen begründet und erläutert den Antrag. Nach ihrer Kenntnis sei die letzte Betriebsgenehmigung für das Theater Junge Generation (TJG) bis zum 25.07.2010 gelaufen. Diese Frage müsse schnellstens geklärt werden. Man gehe davon aus, dass das Theater nicht ohne Betriebsgenehmigung in die neue Spielzeit gehen könne. Sie bittet Herrn Vorjohann um Aussagen zum jetzigen Sachstand. Sie schlägt vor, den Bericht des Kulturausschusses zu übernehmen.

Herr Bürgermeister Vorjohann bestätigt, dass die Betriebsgenehmigung im Sommer 2010 ausgelaufen war. Eine Verlängerung sei bis zum Jahr 2015 beantragt. Die Verwaltung habe die Bauanträge mit den entsprechend notwendigen Brandschutzkonzepten eingereicht. Die Bauaufsicht hätte einen Brandschutzgutachter mit der Bewertung dieser Brandschutzkonzeption beauftragt. Es gebe noch Anpassungsbedarfe. In Kürze könne mit der entsprechenden Betriebserlaubnis bis zum Jahr 2015 seitens der Bauaufsicht gerechnet werden.

Frau Stadträtin Jähnigen fragt, ob die Situation unbedenklich sei, wenn der Spielbetrieb wieder beginne. Gäbe es dazu ein Schreiben der Bauaufsicht? Wie sei abgesichert, dass kein Schaden entstehen könne und alle notwendigen Voraussetzungen für den rechtmäßigen Betrieb vorliegen?

Herr Bürgermeister Vorjohann weist darauf hin, dass in den letzten Jahren erhebliche Beträge in das TJG investiert worden seien. Momentan könne es zwischen der Bühne und dem Zuschauerraum keine entsprechende Trennung geben, weil das mit der Investition eines Bühnentores verbunden wäre. Das sei den Brandschutzgutachtern bekannt. Die Brandschutzkonzeption baue darauf auf und müsse mit anderen Kompensationsmaßnahmen arbeiten. Der Bauaufsicht sei bekannt, dass der Spielbetrieb wieder beginne und kenne die Terminalschiene. Seitens der Bauaufsicht gebe es die Signale, dass eine Untersagung des Spielbetriebes nicht statfinde, weil alles auf dem Weg sei.

Herr Stadtrat Röher erwarte, dass man einen Sachstandsbericht erhalte. Seine Fraktion würde die Empfehlung aus dem Ausschuss Kultur übernehmen.

Frau Stadträtin Jähnigen wiederholt ihre Frage, ob schriftlich aktenkundige Aussagen vorliegen, dass der Spielbetrieb unbedenklich sei.

Herr Bürgermeister Vorjohann wiederholt nochmals, dass man die Betriebsgenehmigung haben wolle. Nach seiner Rücksprache mit der Bauaufsicht werde man demnächst die Genehmigung haben. Er könne aber auch nicht für Dritte sprechen.

Herr Stadtrat Trepte meint, dass zumindest vom Bauaufsichtsamt eine vorläufige schriftliche Attestierung vorliegen müsste. Er findet es schwierig, dass das nicht der Fall sei.

Frau Stadträtin Jähnigen schlägt vor, zusätzlich zu beschließen, dass die Verwaltung den Fraktionen vor Beginn der Spielsaison nochmals über den Stand berichtet.

Herr Bürgermeister Vorjohann merkt an, dass man das machen könne.

Herr Bürgermeister Vorjohann stellt den Antrag gemäß dem Votum des Ausschusses für Kultur zur Abstimmung. Der Ausschuss ist beschließend tätig.

Beschluss A0179/10

1. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat mit dem Entwurf des Haushaltes 2011/12 ein unter Beteiligung der Intendantin des Theaters erstelltes Konzept zum Beschluss vorzulegen, wie die Spielfähigkeit des Theaters Junge Generation in der Übergangszeit bis zum Umzug in das vom Stadtrat beschlossene Projekt Kulturkraftwerk oder bis zur Realisierung einer gegebenenfalls im Zuge der Behandlung von Vorlage 0541/10 künftig beschlossenen Sanierung am Standort erhalten bleiben kann.
2. Im Konzept ist insbesondere zu berücksichtigen, dass der Proben- und Spielbetrieb des Puppentheaters am derzeitigen Standort aufgegeben werden muss.
3. Des Weiteren sind in diesem Konzept zu berücksichtigen:
 - Spiel- und Veranstaltungsplanung angesichts der befristeten Betriebsgenehmigung und der Nutzungseinschränkungen am derzeitigen Standort
 - notwendige Übergangsinvestitionen am bisherigen Standort bis zum Spielbeginn im neuen Haus bzw. bis zur Realisierung der vollständigen Sanierung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung
 Ja 11
 Nein 0
 Enthaltung 0

8 Touristische Beschilderung an Bundesautobahnen**A0196/10
beschließend**

Der Tagesordnungspunkt wird durch den Einreicher zu Beginn der Sitzung vertagt.

- VERTAGUNG

21 Kriterien für die Projekte des Haushaltes 2011/2012 sowie der mittelfristigen Finanzplanung**A0209/10
beschließend**

Frau Stadträtin Jähnigen begründet und erläutert den Antrag, der bereits aus dem Stadtrat bekannt sei. Es wäre wichtig, dass man nicht nur eine Einschätzung der einzelnen Fachbereiche für die Kriterienbildung bekomme, sondern dass diese auch den Bürgerinnen und Bürgern zur Bürgerbeteiligung zur Verfügung gestellt werden. Man habe sich auf Investitionsprojekte von über 1 Mio. EUR beschränkt. Mit Beginn der Fachausschusssitzungen wolle man im Stadtrat für alle Vorhaben dieser Größe auch eine Risikoeinschätzung haben.

Herr Stadtrat Dr. Böhme-Korn bringt zum Ausdruck, dass sich seine Fraktion dem Antrag nicht anschließen könne. Es sei ein großer Aufwand für die Verwaltung. Man müsse sich wie bisher in den Fachausschüssen mit den entsprechenden Fachplänen befassen und im Finanzausschuss versuchen, nach entsprechender Beratung in den Fraktionen eine Abwägung zu treffen. Man halte 25 Kriterien für ca. 600 bis 700 entsprechende Maßnahmen nicht für zielführend.

Herr Stadtrat Genschmar äußert, dass seine Fraktion dem Antrag für das Haushaltsjahr 2011/2012 nicht zustimmen werde, weil der Antrag zu spät komme. Man könne diese Diskussion für den Haushalt 2013/2014 führen.

Frau Stadträtin Jähnigen weist darauf hin, dass es insgesamt 13 abgestufte Kriterien seien. Es gehe darum, die Situation verbal zu bewerten, um damit die Ausschussberatungen effektiv zu gestalten. Wenn die Wertgrenze von 1 Mio. EUR zu niedrig sei, könne sie auch hochgesetzt werden. Wenn man den Antrag stellen würde, es für den nächsten Doppelhaushalt zu machen, würde sie dem zustimmen.

Herr Stadtrat Blümel habe den Antrag so verstanden, dass man die Entscheidungen insbesondere bei Investitionen objektiver gestalten wolle und für die Bürgerinnen und Bürger transparenter dargestellt werden solle, warum man so entschieden habe. Er meint, es sei eine vertane Chance, wenn man nicht zumindest im Ansatz versuche, es besser als bisher zu machen.

Herr Stadtrat Hille bemerkt, dass es für ihn die Frage sei, für wen diese Kriterien eine Hilfestellung bei der Bewertung des Haushaltes sein sollen. Eine Hilfestellung für die Verwaltung halte er für nicht praktikabel. Die Verwaltung stelle den Haushalt im Wesentlichen auf der Basis von Stadtratsbeschlüssen und dem Investitionshaushalt auf und müsse dann Dinge außerordentlich kritisch bewerten nach einem solchen Katalog, was der Stadtrat möglicherweise anders gesehen habe. Er erachte es für sinnvoll, einen Bürgerhaushalt zumindest als eine Art Probelauf für den nächsten Doppelhaushalt zu machen. Dort benötige man Kriterien, die von den Stadtratsfraktionen getragen werden sollten. Der vorliegende Antrag beinhalte die Sicht des Einreichers. In dieser Fülle und Breite könne er heute nicht zustimmen.

Herr Stadtrat Matthis ist auch der Auffassung, dass der Kriterienkatalog noch einer gewissen Weiterentwicklung und Diskussion bedürfe. Er könnte sich eine Staffelung nach der Größe der entsprechenden Investitionen vorstellen (Großprojekte). Er regt an, nicht den vorliegenden Kriterienkatalog zu beschließen, sondern diesen nochmals zu bearbeiten und durch den Stadtrat zu bestätigen. Er greift den Vorschlag von Herrn Stadtrat Genschmar auf, im Sinne einer punktuellen Abstimmung zu entscheiden, ob man es ab 2013/2014 machen wolle, was ihm sinnvoll erscheine.

Herr Stadtrat Genschmar meint, dass ein solcher Antrag interfraktionell eingebracht werden müsste, damit er beschließbar sei. Die Kriterien müssen von allen Fraktionen mitgetragen werden. Am Ende müsse man diesen Kriterienkatalog gemeinsam mit dem Bürgerhaushalt sehen. Diese Kriterien seien überlegenswert, aber man müsse es in der Komplexität sehen.

Herr Stadtrat Dr. Böhme-Korn legt dar, dass man sich grundsätzlich einer Kriteriendiskussion nicht verweigern wolle. Er weist darauf hin, dass man eine Reihe von Fachkonzepten beschlossen habe. Er halte es in dieser Form nicht für praktikabel und hilfreich, weil letztlich doch viel an politischer Bewertung dahinter sei, die man nicht in einfache Zahlen packen könne. Insofern würde man den Antrag ablehnen.

Frau Stadträtin Jähnigen habe die Diskussion so verstanden, dass man nicht der Meinung sei, dass es für diesen Haushalt noch möglich ist. Man könnte sich das aber für den nächsten Doppelhaushalt teilweise vorstellen. Sie ändert den Beschlusstext dahingehend, dass 2011/2012 jeweils ersetzt wird durch 2013/2014 und im Punkt 1 „Projekte mit einem Gesamtwert von mehr als 1 Mio. EUR **nach einem vom Stadtrat vorab zu bestätigenden Kriterienkatalog** vorzulegen sind. Die Bewertung in der Bürgerbeteiligung käme dann auch zum Haushalt 2013/2014. Sie fragt, ob man die Risikoeinschätzung der Projekte schon für diesen Haushalt wolle? Sie meint, dass das im Rahmen der Haushaltsberatungen schon in diesem Jahr erfolgen könne.

Herr Stadtrat Kießling schlägt vor, im Beschlusspunkt 2 anzufügen, dass die gleichmäßige Teilnahme aller Bevölkerungsschichten bei der Bürgerbeteiligung zu gewährleisten ist. Er meint, dass das der größere Effekt sei, den man erreichen könnte. Das sollte ein Zielstellungsauftrag für den nächsten Doppelhaushalt sein.

Herr Stadtrat Röher weist auf das Problem hin, dass man jetzt über die Kriterien spreche und dann nochmals über den Bürgerhaushalt. Er schlägt vor, die Verwaltung zu beauftragen, für die entsprechenden Geschäftsbereiche den Kriterienkatalog festzuschreiben und im Rahmen der Fachkonzepte Bewertungen einfließen zu lassen.

Herr Stadtrat Hille meint, für ihn wäre ein Kriterium der Begriff der Nachhaltigkeit, was über alles gelte. In diesem Sinne erwarte er Kriterienvorschläge, die sich auf einige wenige beschränken, dass es noch übersichtlich und handhabbar sei. Er fragt, ob es realistisch wäre, dass die Verwaltung für den Doppelhaushalt 2011/2012 noch eine Risikoeinschätzung vornehmen könne.

Herr Bürgermeister Vorjohann erläutert, dass man bei den Investitionsprojekten ein zentrales Risiko habe. Die Verwaltung könne die Risiken (Belastbarkeit der Steuerschätzung, Fördermittel) vorlegen. Es bewege sich in der Regel nicht auf einer projektbezogenen Ebene.

Frau Stadträtin Jähnigen nimmt Bezug auf die Ausführungen von Herrn Stadtrat Kießling und bietet an, den Beschlusspunkt 2 dahingehend zu modifizieren, dass die Formulierung „zur Verfügung zu stellen“ ersetzt wird durch die Formulierung „in verständlicher Weise zur Diskussion zu stellen“.

Herr Bürgermeister Dr. Böhme-Korn habe der Diskussion entnommen, dass ein solcher umfangreicher Kriterienkatalog für diesen Doppelhaushalt nicht mehr machbar sei. Er schlägt vor, den Antrag zu vertagen und zu versuchen, innerhalb der nächsten drei Wochen einen Vorschlag zu erarbeiten, dem man zustimmen könne.

Herr Stadtrat Röher beantragt zur Geschäftsordnung, nach dem Ende der Diskussion eine Auszeit von 5 Minuten zu nehmen.

Frau Stadträtin Jähnigen schlägt vor, Punkt 3 heute zu entscheiden und die Punkte 1 und 2 auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Es erfolgt eine Auszeit von 5 Minuten.

Frau Stadträtin Jähnigen erinnert daran, dass sie bereits die Vertagung der Punkte 1 und 2 vorgeschlagen hatte. Für Punkt 3 werde es keine Mehrheit geben, sondern eher den Willen, zunächst den vorgelegten Haushalt zu sehen und dann möglicherweise nachzufordern. Deshalb beantragt sie die Vertagung des kompletten Antrages in die Sitzung des Ausschusses nach der Einbringung der Haushaltsvorlage.

Es gibt keine Gegenrede.

Herr Bürgermeister Vorjohann stellt den Vertagungsantrag auf die 1. Sitzung des Ausschusses nach Einbringung des Doppelhaushaltes 2011/2012 zur Abstimmung.

Der Vertagungsantrag wird mit 10 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen angenommen.

- VERTAGUNG

Herr Bürgermeister Vorjohann beendet den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Hartmut Vorjohann
Vorsitzender

Karin Rülke
Schriftführerin

Lars Röher
Stadtrat

Jens Genschmar
Stadtrat